

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 501 A

5. Januar 2014

39. Jahrgang

Abgeordnete veranstalten Spielchen zu Lasten der Bürger

Da beobachtet man nun die Politszene der Stadt seit Jahrzehnten und hat noch nichts von dem Vorgang gehört, über den nachfolgend berichtet wird. Die *Berliner Morgenpost* brachte eine höchst interessante Maßnahme des für die Finanzen zuständigen Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses ans Tageslicht. Dieser Ausschuss verhängt nämlich Geldstrafen an Senatsmitglieder und Bezirke für Unpünktlichkeit und nicht einhalten von Fristen bei der Beantwortung von Anfragen.

Halten wir zuvor folgendes fest: Wir wählen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, damit sie sich um uns kümmern, Straßen bauen oder in Ordnung halten, Schulen und Kitas betreiben und so weiter. Wir, jedenfalls ein nicht unbeachtlicher Teil der Bevölkerung, stattet das Parlament mit den nötigen finanziellen Mitteln aus. Auf den Gehaltsabrechnungen heißt diese Position Steuern. Wir zahlen aber auch neben der Einkommensteuer noch viele viele Gebühren für alles Mögliche. Manchmal fragt man sich, wofür die Steuergelder eigentlich verwendet werden, wenn man für jeden Bescheid noch extra Geld bezahlen muss. Die Straßen sind ja wohl von unseren Steuergeldern gebaut worden, wenn wir jedoch dort parken wollen, kostet es an vielen Stellen extra Geld. Schön, dass es nicht noch eine Maut für Fußgänger gibt. Jeder bekommt einen Chip auf die Stirn geklebt und am Monatsende wird abgerechnet. Dreimal den Te-Damm auf und abgelaufen 3 Euro, den Ku-Damm 6 Euro. Die Touristen, und davon haben wir glücklicher Weise viele in der Stadt, müssen nun schon mal fünf Prozent auf ihre Zimmerrechnung drauflegen. Geschäftsreisenden bleibt das erspart, wo doch gerade diese die Gebühr über ihre Firma abrechnen könnten. Wie blöd ist das denn?

Nun aber zu den Spielchen, die die von uns beauftragten Hüter des Geldes anstellen. Ich dachte erst, dass es ein verfrühter Aprilscherz sei, als ich in der *Morgenpost* las, dass ein Senatsmitglied, der zu spät zu einer Sitzung erschien oder eine Frist hat verstreichen ließ, 75.000 Euro zahlen muss, Bezirke sogar 100.000 Euro. „*Wer zu spät kommt, den bestraft der Hauptausschuss*“, schreibt die *Morgenpost*. „*Weil Gesundheitsstaatssekretärin Emine Demirbükten-Wegner (CDU) nicht pünktlich zu einer Sitzung erschien, muss Gesundheitssenator Mario Czaja (CDU) 75.000 Euro Strafe zahlen*“, erfährt man verduzt. Natürlich nicht von seinem Geld, wird man flugs beruhigt. Das Geld wird vom Etat der jeweiligen Senatsverwaltung oder des Bezirks abgezogen.

„*Der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses greift durch*“, schreibt die *Morgenpost*. Das ist löblich. Aber die Methode ist sehr fragwürdig. „*Unpünktlichkeit von Politikern wird nun*

auch im für die Finanzen zuständigen Gremium geahndet. Es erhebt Geldstrafen von Senatoren, Staatssekretären und Bezirksbürgermeistern, wenn sie nicht rechtzeitig erscheinen, wenn sie nicht fristgemäß informieren oder wenn sie die geforderten Berichte zu spät abliefern. Besonders häufig haben die Abgeordneten im Herbst 2013, als der Landeshaushalt für 2014/2015 beraten wurde, dieses Mittel eingesetzt.“

75.000 Euro wurden aus dem Etat von Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) gestrichen, weil sie „ein externes Gutachten in Auftrag gab und den Hauptausschuss erst hinterher – anstatt vorher, wie es korrekt gewesen wäre – darüber informierte. Weil die Senatorin bei dieser Gelegenheit einräumte, dass das schon häufiger passiert sei, wurden gleich noch einmal 75.000 Euro fällig.“ Warum grinse ich an meinem Computer vor allem über den letzten Satz?

„Wenn die Arbeit des Hauptausschusses zeitlich behindert wird und man nicht vorankommt, dann gibt es solche Strafen“, sagte Karlheinz Nolte, SPD-Abgeordneter und Mitglied des Hauptausschusses der Morgenpost. „Das Geld müssen die betroffenen Verwaltungen im Laufe des kommenden Jahres einsparen. Es fließt in die Landeskasse und trägt dazu bei, die Schulden zu senken. Diese Strafen sind seit Jahren möglich. Doch Nolte sagte auch: ‚Der Hauptausschuss ist strenger geworden.‘ Weil sich die Verspätungen der Verwaltungen gehäuft haben.“

Welche Strafe muss eigentlich der Hauptausschuss bezahlen, wenn er durch seine Politik die Handlungsfähigkeit von Senat und vor allem Bezirken durch seine Streichorgien ständig weiter behindert? Gerade was die Bezirke angeht, ist die Personaldecke immer dünner geworden. Wer soll die ganzen Anfragen der Abgeordneten beantworten? Die Bezirke haben noch das zusätzliche Problem, dass auch ihre Bezirksverordneten manchmal bis zum Centbetrag alles genau begründet haben wollen.

Natürlich ist es die Aufgabe des Parlaments und der Bezirksverordnetenversammlungen, den Senat und die Bezirksämter zu kontrollieren. Wenn man sich allerdings jemals mit den Fragen der Abgeordneten und Bezirksverordneten beschäftigt hat, dann fragt man sich schon, ob das alles sein muss. Da werden politische Spielchen getrieben ohne Ende und allzu häufig wird deutlich, wie wenig Sachkompetenz die Volksvertreter haben. Abgeordneter kann jeder werden, ohne jegliche Qualifikation, Bezirksverordneter auch. Eine Ausbildung für diese Leute ist zwingend geboten. Und erst, wenn sie das Zertifikat in den Händen halten, dürften sie überhaupt kandidieren. Nun gut, das wird selbst ein Volksbegehren nicht hinkriegen. Finden wir uns also mit der Mittelmäßigkeit ab. Jeder, der gerade in den Hauptausschuss berufen wurde, darf sich schon Finanzexperte nennen.

Berliner Morgenpost: *„Knapp 20 Minuten kam Staatssekretärin Demirbüken-Wegner zu spät zur Sitzung des Hauptausschusses am 29. November. Besprochen werden sollte eine überregionale Beratungsstelle für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche in Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. ‚Wir haben die Sitzung unterbrochen, bis die Staatssekretärin da war‘, sagte Nolte. Monika Herrmann (Grüne), Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, und der Neuköllner Stadtrat Falko Liecke (CDU) warteten mit den Abgeordneten auf Demirbüken-Wegner. Alle fünf Parteien im Ausschuss waren sich einig über die Strafe – noch während der Sitzung. Constanze Frey, Sprecherin der Gesundheitsverwaltung, wollte den Vorgang nicht kommentieren. Die Summe werde bei den Kosten für die Schließung von Krankenhäusern eingespart, sagte sie.“* Warum die Staatssekretärin unpünktlich war, wissen wir nicht, wenn sich aber mal locker 75.000 Euro bei den Kosten für die Schließung von Krankenhäusern einsparen lassen, dann fragt man sich, warum das nicht gleich so berechnet wurde.

Selbst der Finanzsenator ist nicht vor dem Hauptausschuss sicher. *„Ein Bericht seiner Verwaltung, in dem es um die Klage von zwei Kita-Eigenbetrieben gegen das Land Berlin ging, wurde dem Hauptausschuss nicht fristgemäß vorgelegt. 75.000 Euro kostete das. ‚Der Bericht war auf-*

grund der kurzfristigen Gespräche mit den Eigenbetrieben objektiv nicht möglich', sagte Sprecher Jens Metzger.“ Das kann doch die Wahrheit sein, oder? Auf jeden Fall sollte man die 75.000 Euro den betroffenen Kita-Eigenbetrieben geben.

In den riesigen Etats der Senatsverwaltungen mögen 75.000 Euro keine Rolle spielen. Die Strafaktionen des Hauptausschusses laufen also ins Leere. So lange man keine Sanktionen gegen die Personen verhängt, die nicht ihre Aufträge pünktlich erfüllen, kann sich der Ausschuss sein Gehabe sparen.

Bei den Bezirken sieht es schon anders aus. Treptow-Köpenick hat es versäumt, rechtzeitig ein Personalkonzept vorzulegen, warum auch immer. Alle anderen elf Bezirke haben es pünktlich geschafft. Ist es nicht möglich, den Bürgermeister anzurufen und ihm Beine zu machen, oder nachzufragen, warum das nicht klappt. Oder kann der Bürgermeister nicht selbst tätig werden? Was soll das? 100.000 Euro werden nun dem Bezirk abgezogen. Bürgermeister Oliver Igel (SPD) kann gleich zwei weitere Stellen aus seinem noch nicht vorliegenden Personalkonzept streichen.

„Auch Steglitz-Zehlendorf ist vom Bezirke-Unterausschuss mit einer Geldstrafe von 100.000 Euro belegt worden, die vom Etat des Bürgermeisters Norbert Kopp (CDU) abgezogen wird. Ebenfalls wegen einer Verzögerung. Der grundlegende Ausbau der desolaten Hildburghäuser Straße ist seit Jahren geplant, aber noch nicht realisiert.“ Auch das lässt sich nicht zwischen Bezirk und Parlament klären? Das ist doch ungeheuerlich. Wo werden letztlich die 100.000 Euro in Steglitz Zehlendorf fehlen? In der Seniorenbetreuung, bei den Jugendeinrichtungen oder in den Schulen?

„Die Strafen sind für die Betroffenen absolut unerfreulich“, sagte der Abgeordnete Nolte der Morgenpost. *„Aber als Parlamentarier sage er: ‚Wir haben keine anderen Möglichkeiten als solche Geldstrafen, um die Verwaltung zu etwas zu zwingen.‘“* Lieber Charly Nolte, das glaube ich nicht. Ihr müsst Euch bloß einmal mehr Gedanken machen. Die Strafen gehen zu Lasten der Bürger und nicht der Bezirkspolitiker. Was ist denn das für eine Rechtsauffassung? Das ist ungefähr so, als wenn man die Eltern damit bestraft, dass man ihren Kindern nichts mehr zu essen gibt.

Nicht verwunderlich ist deshalb, dass auf Nachfrage der Morgenpost aus den Verwaltungen *„kaum Protest zu hören“* war. *„Man akzeptiere die Strafe, hieß es. Sie gehöre zu den Gepflogenheiten des Parlaments.“* Da kommt mir doch der Weihnachtsbraten hoch! Der Verwaltung ist es also egal, wenn Geld aus ihrem Etat gestrichen wird? Das gehört eben zum Spiel dazu. Nochmals: Leidtragende sind die Bürger! Zieht den Senatoren, Staatssekretären und Bezirksbürgermeistern Geld von ihren Bezügen ab, das würden sie merken!

Torsten Hippe ist Fraktionsvorsitzender der CDU in Steglitz-Zehlendorf. Er ist offenbar der einzige, der sich über die Strafzahlungen des Parlaments empört. Der Morgenpost sagte er: *„Wie das im Hauptausschuss gehandhabt wird, so geht es überhaupt nicht. Ich bin entsetzt über die Auflage, dass dem Bezirk 100.000 Euro abgezogen werden.“* Die Strafe für seinen Bezirk sei nicht sachlich begründet. Er kritisiert, *„dass den Bürgern des Bezirks Geld weggenommen wird, weil sich jemand im Hauptausschuss nicht gründlich mit dem Thema beschäftigt und zu falschen Schlussfolgerungen kommt‘. Es stehe dem Ausschuss nicht zu, solche Strafen zu verhängen, meint Hippe. ‚Das hat nichts mehr mit Haushaltspolitik zu tun.‘“* Da gebe ich Herrn Hippe Recht. Bei jedem Gebührenbescheid habe ich das Recht, Widerspruch einzulegen. Nur der Hauptausschuss scheint Gottgleich die alles entscheidende letzte Instanz zu sein. Das geht nicht. Wenn eine Strafzahlung verhängt wird, muss es ein Gremium geben, das den Vorgang neutral überprüft. Überprüft werden sollte aber zuvor, wie man die Zusammenarbeit zwischen Hauptausschuss, Senat und Bezirken verbessern kann.

Ed Koch